

Der Briefetal-Bote erscheint
Dienstag, Donnerstag, Sonn-
abend und Sonntag. Der
Bezugspreis beträgt monat-
lich 1,20 RM. zuzüglich Beheft-
gebühr. Die einzelne Nummer
kostet 10 Pfennig.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Ge-
schäftsstelle Birkenwerder,
Bahnhof-Allee 5 und von
allen Anzeigen-Expeditionen
angenommen. Die neuange-
legene Beitzelle kostet 25 Pfennig,
die Reflektanz 1 RM.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen
Neuendorf, Borgsdorf,
Briese, Lehnitz, Stolpe



für Bergfelde, Schönfließ
Frohnau, Summt
und Umgegend

Fernsprecher: Amt Birkenwerder 2005

Telegr.-Adr.: Briefetalbote Birkenwerder

Amtsblatt für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ.

Nr. 181

Fernsprecher Amt Birkenwerder 2005

Sonntag, den 16. November 1930

Postfachkonto Berlin 62 448

29. Jahrg

Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Pflasterkasse.

Nachdem die Pflasterkasse mit dem 1. Oktober 1930 ins Leben ge-
treten wurde, sind die Beiträge monatlich an die Gemeindefasse zu ent-
richten.

Zur Zeit sind die Beiträge für Oktober und November 1930 fällig.
Bergfelde, den 15. November 1930.

Der k. Gemeindevorsteher. Czekowski.

Preisabbau eine Notwendigkeit!

Berlin, 15. November.

Der Kabinettsausschuss für Arbeits- und Preisfragen
veröffentlicht eine Verlautbarung, in der darauf hingewiesen
wird, daß die Herabsetzung der Preise auf der ganzen Linie
eine Notwendigkeit ist. Die Wirtschaft müsse durch Verbilli-
gung von Erzeugung und Verbrauch neu belebt werden.
Herbilligung des Verbrauches und Senkung der Lebenshal-
tungskosten wären insbesondere notwendig, um die Wirkun-
gen abzumildern, die sich aus der Kürzung der Beamten-
bezüge und aus der Lohnkürzung ergeben.

Zwang sei geboten, wenn der wirtschaftlichen Entwik-
lung nicht bessere Erkenntnis hinderliche bereitet wer-
den, die anders nicht zu beseitigen sind.

Wenn durch die Hand der Hausfrau jährlich etwa 25 Mil-
liarden des deutschen Volkseinkommens gehen, wäre es vor-
nehmlich auch sie, die auf die Preisabhaltung stärksten Ein-
fluß nehmen könne. Sie könne die Verkäufer und die Waren
bevorzugen, durch die sie billiger und besser bedient wird
als durch andere. Es brauche durch die öffentliche Meinung
nicht gebüdet zu werden, daß durch Zurückhaltung im
Preisabbau einzelne unberechtigte Vorteile hätten, wenn an-
dere in richtiger Erkenntnis der Lage Opfer brächen. Ge-
rechtigkeit könne insbesondere der Landwirt fordern, dessen
Preise weit unter dem Stand der anderer Waren hinab-
gefallen sind. Die Lebenshaltungskosten für den Verbrau-
cher wären unmittelbar von ihm fälliger Bedeutung. Trotz-
dem wäre aber auch für ihn gleich wichtig, wenn die Kos-
ten der Wirtschaft verbilligt würden. Daher lände die in-
zwischen erreichte Herabsetzung der Kohlen-
preise um 6 Prozent im Vordergrund. Sie würde sich
für den Verbraucher in allen Richtungen auswirken. Die
Holzpreise wären um 17-20 Prozent, die Preise für
Walgwertprodukte um 3 Prozent ermäßigt wor-
den. Von den Baustoffen wären im Durchschnitt Zement
um 10 Prozent, Ziegel um 10-15 Prozent, Fensterglas um
23 Prozent und Blatten um 35-40 Prozent im Preise ge-
sunken. Der Anstieg der gesamten Baustoffe wäre seit Ja-
nuar d. J. um 11 Prozent zurückgegangen.

Wenn so die Preise in den Grundlagen der Wirtschaft
weichen, dann müßte davon der ganze Preisabbau be-
einflußt werden, der darauf ruht.

Ähnliches gelte von den Kosten der Nahrungsmittel, die für
den realen Wert des Lohnes von entscheidender Bedeu-
tung wären. Von den Nahrungsmitteln sei der Brot-
preis von 50 Reichspfennig auf 48 Reichspfennig für das
Normalbrot herabgesetzt worden unter gleichzeitiger Er-
höhung des Gewichtes um 1225 Gramm auf 1250 Gramm.
Das bedeute eine Ermäßigung um 10 Prozent. Ferner soll
in Zukunft das Brot einheitlich nach Gewicht verkauft
werden. Das Pfund Schweinefleisch sei um fünf
Reichspfennig billiger geworden. Der Preis für Kartoffeln
hätte sich auf 28-30 Reichspfennig für je 10 Pfund
gelockt. Der Eierpreis der Milch sei für Berlin um einen
Reichspfennig auf 39 Reichspfennig gesunken worden. Bei
Gemüse und Obst hätten die Verkäufer eine Preisent-
staltung grundsätzlich zugelassen. Die Einzelheiten würden noch
im Benehmen mit der Marktforschungsstelle geregelt wer-
den. Als weitere Beispiele für die Abwärtsbewegung der
Preise seien erwähnt die Preisrückgänge der einzelnen Mar-
kenartikel auf dem Nahrungsmittelgebiete, wie Malz-
kaffee, Honig, Makkaroni um 5-12,7 Prozent. Auch einige
andere Markenartikel sind dieser Bewegung bereits
gefolgt, und zwar im Ausmaße von 5-20 Prozent.

In manchen dieser und anderer Fälle würden sich die
Abschläge vom Preise im Einzelhaushalt nur in Pfennigbe-
trägen auswirken. Wer sich der Inflationsfalle noch nicht
entziehen könne, auf fünf- oder zehnpfennig Beträge abzu-
runden, der hätte genug Gelegenheit, den Erfolg der Preis-
senkungen zu verfeinern. Insbesondere aber ist die Zeit dazu
zu ernt. Auch der Bruchteil eines Pfennigs gewinne in der
Volkswirtschaft mehr Bedeutung denn je. Darum müße der
Pfennig als Rechnungseinheit anerkannt und gewertet wer-
den. Die erforderlichen Maßnahmen wären in Vorbereitung,
die es ermöglichen sollen, dem auch im Zahlungsverkehr
Rechnung zu tragen.

Deutschland in Genf niedergestimmt

Vorhandenes Heeresmaterial zählt nicht. — Nur Beschrän-
kung der künftigen Ausgaben.

Genf, 15. November.

Im Vorbereitenden Abrüstungsausschuss ist die grund-
sätzliche Entscheidung über die Behandlung des Heeres-
materials im Abrüstungsabkommensentwurf gefallen. Der
deutsche Antrag, daß für das Landrästungsmaterial das
Prinzip der direkten Herabsetzung (tabellenmäßige Angabe
der Höchststückzahlen des in Dienst befindlichen und lagen-
den Materials) angenommen werden soll, wurde mit neun
gegen neun Stimmen bei sieben Stimmenthaltungen ab-
gelehnt.

Für den deutschen Antrag haben gestimmt: Deutsch-
land, Kanada, die Vereinigten Staaten, Italien, Holland,
Schweden, Rußland, die Türkei und Venezuela, dagegen
gestimmt: Belgien, Finnland, Frankreich, Japan, Brien, Polen,
Rumänien, die Tschechoslowakei und Jugoslawien.
Es haben sich der Stimme enthalten: Bulgarien, China,
Spanien, Großbritannien, Irland, Griechenland, Nor-
wegen.

Weiter wurden je ein Antrag der sowjetrussischen und
italienischen Delegation, die sich gleichfalls für das Prinzip
der direkten Herabsetzung in Verbindung mit einer Herab-
setzung der Heeresausgaben ausgesprochen haben, abgelehnt.

Damit ist festgestellt, daß der Ausschuss für die Lan-
drüstungen das Prinzip der direkten Herabsetzung des la-
gernden und im Dienst befindlichen Materials nicht ange-
nommen hat.

Annahme fand eine von den englischen Delegierten
vorgeschlagene Entscheidung, in der festgesetzt wird, daß
die Mehrheit des Ausschusses sich für eine Herabsetzung des
Heeresmaterials durch Beschränkung der Heeres-
ausgaben ausgesprochen habe. Für diese Entscheidung
haben 16 Regierungen gestimmt, drei Delegationen stimm-
ten dagegen und sechs enthielten sich ihrer Stimme, darunter
der Vertreter der Vereinigten Staaten. Die Vertreter
Deutschlands, Italiens und Rußlands haben gegen
die Entscheidung gestimmt.

Der Vorbereitende Abrüstungsausschuss hat demnach in
zwei wichtigen Punkten, dem der ausgedehnten Reserven
und dem des Heeresmaterials, seine früheren Beschlüsse im
wesentlichen aufrechterhalten. Allgemein aufgefallen ist, daß
der deutsche Antrag eine verhältnismäßig beträchtliche
Anzahl von Zustimmungen gefunden hat. Es ist das erstmal,
daß im Vorbereitenden Abrüstungsausschuss ein deutscher
Antrag Stimmengleichheit erreichte. Das Bild wird noch etwas
günstiger, wenn man berücksichtigt, daß unter den Regierungen,
die sich der Stimme enthalten haben, sich solche befinden,
die in der Debatte ihre grundsätzliche Zustimmung zum deutschen
Standpunkt zu erkennen gaben.

... die Völker aber für Rüstungsbeschränkung

Die Abstimmungen haben zwar mit Stimmengleichheit
die Ablehnung des deutschen Antrages auf direkte Herab-
setzung des lagernden und im Dienst befindlichen Materials
gezeitigt. Wenn man sich aber die Staaten ihrer Bedeu-
tung nach in politischer, wirtschaftlicher und bevölkerungs-
politischer Hinsicht näher ansieht, ergibt sich eine überragende
Mehrheit für den deutschen Antrag.

Zunächst ist festzustellen, daß sich von den europäischen
Großmächten eine überwiegende Mehrheit für den deutschen
Antrag ausgesprochen hat, nämlich neben Deutschland Ita-
lien und Rußland, dagegen hat als europäische Großmacht
nur Frankreich gestimmt, während sich England der Stimme
enthielt.

Noch interessanter ist das Abstimmungsergebnis, wenn
man die Bevölkerungszahlen heranzieht und von dem de-
mokratischen Mehrheitsverhältnis ausgeht. Es hätten dann
von der europäischen Bevölkerung für den deutschen Antrag
nicht weniger als 264 Millionen und nur 125,5 Millionen
gegen ihn gestimmt. Die Zahl der Bevölkerung jener Staa-
ten, die sich der Stimme enthalten haben, beträgt in diesem
Falle 79 Millionen. Der deutsche Antrag würde also mit
reichlich Zweidrittelmehrheit angenommen sein.

Auffschlußreich stellt sich auch das Zahlenverhältnis,
wenn man die Gesamtsituation, die sich an der Abstimmung
in Genf beteiligten, mit ihren Bevölkerungszahlen heran-
zieht. Es würden sich dann rund 408 Millionen
für und nur 141 Millionen gegen den An-
trag bei allerdings 564 Millionen Stimmenthaltungen
(China allein mit rund 485 Mill.) erheben haben. Wenn

man also von dem Standpunkt ausgeht, daß die Vertreter
der Staaten in Genf die Auffassung ihrer Bevölkerung wie-
dergegeben haben, dann hat Deutschland mit seinem An-
trag einen überragenden Erfolg erzielt. Frankreich befindet
sich also mit seinem Rüstungsstandpunkt, wie er jedoch durch
Tardieu eine bezeichnende Umschreibung erfahren hat, nach
den Gedankenängsten, wie sie Briand in seiner Kammer-
rede über europäische Föderation entwickelt hat, in einer
hoffnungslosen Minderheit. Die Idee der Rüstungsbe-
schränkung, des Rüstungsausgleichs ist somit wie in Europa
so auch in der ganzen Welt auf dem Marsche. Die Vorgänge
in Genf zeigen aber auch auf der anderen Seite, eine wie
undemokratische Einrichtung der Völker ist, wenn er
nach seinem unter dem Einfluß Frankreichs aufgestellten
Organisationsstatut die Geschäfte führt.

Die Einsturzataktrophe in Lyon

Lyon, 15. November

Durch die Einsturzataktrophe sind nach den letzten Fest-
stellungen 16 Häuser vernichtet worden, während
10 Gebäude aus dem Einsturz unmittelbar bedroht gelien.
Die Zahl der Toten wird mit etwa 20 angegeben.
Sicher ist diese Zahl nicht, weil noch immer keine Klarheit
darüber besteht, wieviel Leichen unter den Trümmern
begraben liegen. Bürgermeister Herriot hat zusammen mit
dem leitenden Stadtbaumeister die Unfallstelle eingehend in
Augenschein genommen. Nach den Erklärungen beider
Herren ist das Unglück auf die eigentümliche Gelän-
debeschaffenheit in dem durch die Katastrophe be-
troffenen Stadtteil zurückzuführen, wobei noch die Wirkung
der in den letzten Wochen niedergegangenen erhebenden
Regengüsse mit zu berücksichtigen ist. Während erst erklärt
wurde, daß die auf der Höhe über dem abgerückten Berg-
hang liegende Notre-Dame-Kirche nicht bedroht sei,
da sie auf festem Grund stehe, hört man jetzt, daß die Ge-
fahr eines Einsturzes der Kirche sehr groß ist. Man
rechnet auch mit dem Einsturz des Krankenhauses.

Attentat auf Japans Premierminister

Tokio, 15. November.

Auf den japanischen Premierminister Hamaguchi wurde
am Bahnhof in Tokio ein Schuß abgefeuert. Die Kugel
drang dem Premierminister in den Unterleib. Der Täter,
ein junger Mann, wurde verhaftet, bevor er Zeit hatte,
einen zweiten Schuß abzufeuern.

Der verwundete Ministerpräsident Hamaguchi wurde
einer Operation unterzogen. Die Kugel konnte nicht ent-
fernt werden. Während der Operation haben die Chirurgen
einen 30 Zentimeter langen Darmteil entfernt, der an acht
Stellen durchdröhert war. Es wurden mehrere Blutüber-
tragungen vorgenommen.

Da jedenfalls Hamaguchi lange Zeit sein Amt nicht
wird versehen können, nimmt man in den hiesigen politi-
schen Kreisen an, daß der Außenminister, Baron Schiba-
hara, zum Ministerpräsidenten ernannt werden wird.



Ozeandampfer „Colombia“ gestrandet.

Der amerikanische Passagierdampfer „Colombia“ ist im
Sturm bei Fort Wadsworth im New Yorker Hafen auf den
Strand aufgelaufen. Die Passagiere konnten gerettet
werden.

Lieferant für sämtliche Baustoffe Edel-Oranienburg
Telefon 2479